



Leitartikel

Martin Maier

Du sollst nicht lügen!

Wahrheit und Lüge sind durch die Verbreitung gefälschter Nachrichten zu einem drängenden Thema in der politischen und gesellschaftlichen Debatte geworden.

Die Gesellschaft für deutsche Sprache wählte das Kunstwort „postfaktisch“ zum Wort des Jahres 2016 aus. Dabei handelt es sich um eine Übertragung des englischen Begriffs „post truth“, der von den Oxford Dictionaries zum Internationalen Wort des Jahres 2016 erklärt wurde. Darin spiegelt sich der symptomatische Befund, dass in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen objektive Fakten immer mehr durch Emotionen und willkürliche Behauptungen ersetzt werden. Mari Sol Pérez Guevara zeigt in dieser Ausgabe von Europe Infos die Bedeutung der sozialen Netzwerke in der Verbreitung von gefälschten Nachrichten. Was ist dann noch Wahrheit?

Im klassisch-philosophischen Sinn gilt als Wahrheit die Übereinstimmung einer Aussage mit der Wirklichkeit. Das Gegenteil von Wahrheit ist die Lüge als wissentliche Falschaussage. Sowohl im Zusammenhang mit dem Referendum über den Austritt von Großbritannien aus der EU als auch im US-Präsidentenwahlkampf wurden Lügen verbreitet. Auf Bussen in London wurde behauptet, Großbritannien bezahle wöchentlich 350 Millionen Pfund an die EU. Der Brexit-Befürworter Nigel Farage gab einen Tag nach dem Referendum zu, dass diese Behauptung falsch war. Donald Trump vertrat im Wahlkampf, Barack Obama habe die Terrororganisation „Islamischer Staat“ gegründet.

Die Wahrheit hatte in der Politik noch nie einen leichten Stand. Es gibt Politiker, die zwar Lügen ablehnen, aber keine Verpflichtung sehen, immer die ganze Wahrheit zu sagen. In einem engen Zusammenhang damit steht die Einhaltung getroffener Absprachen. So veröffentlichte der EVP-Fraktionschef

Manfred Weber eine Woche vor der Wahl des neuen EU-Parlamentspräsidenten eine jahrelang geheim gehaltene Vereinbarung, wonach zur Hälfte der Legislaturperiode die Sozialdemokraten ihre Unterstützung für einen konservativen Nachfolger zusagt haben. Weber warnte vor Wortbruch. Doch mindestens ebenso problematisch ist das Zustandekommen dieser Vereinbarung und ihre Geheimhaltung. Damit wird das wachsende Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber den Politikern nur bestätigt und gefördert.

Im Krieg, so wird gesagt, sei das erste Opfer die Wahrheit. Immanuel Kant hat in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ gefordert, dass auch mitten im Krieg noch „irgendein Vertrauen auf die Denkart des Feindes“ übrigbleiben müsse, weil sonst auch kein Friede geschlossen werden könnte. Das lässt sich auf die Politik in dem Sinn übertragen, dass irgendein Vertrauen auf die Wahrhaftigkeit auch des politischen Gegners erhalten bleiben muss. Sonst würde das wichtigste und wertvollste Kapital in der Politik verloren gehen: eben das Vertrauen.

Doch es geht nicht nur um das Vertrauen der Politiker untereinander, sondern um das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Politik überhaupt. Dies haben die französischen Bischöfe in ihrer über die Kirche hinaus vielbeachteten Schrift „Den Sinn der Politik in einer sich verändernden Welt wiederfinden“ überzeugend auf den Punkt gebracht: „Die Krise der Politik ist in erster Linie eine Krise des Vertrauens denen gegenüber, die beauftragt sind, über das Gemeinwohl und die gemeinsamen Interessen zu wachen.“ Damit ist auch das Fundament der Europäischen Union berührt, das Jean Monnet 1950 so beschrieben hat: „Wir sind hier, um ein gemeinsames Projekt zu verwirklichen, nicht um über Vorteile zu verhandeln, sondern unseren Vorteil im gemeinsamen Vorteil

zu suchen.“ Eine Voraussetzung dafür ist Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit. Wer es noch einfacher haben will, sei auf das achte der zehn Gebote verwiesen: Du sollst nicht lügen!

Martin Maier SJ
JESC

Inhalt

Eine halbherzige Verordnung zum Thema „Konfliktmineralien“	2
Eine neuer Präsident im Europaparlament	3
Medienkompetenz: Kenntnisse, die wir als digitale Bürger benötigen	4
Für ein sozialeres Europa	5
Das Erfahrene, das Zukünftige und das Religiöse	6

europaeinfos

Monatliche Newsletter, 11 Ausgaben im Jahr
erscheint in Deutsch, Englisch und Französisch
19 square de Meeüs, B-1050 Brüssel
Tel +32/2/235 05 10 Fax +32/2/230 33 34
e-mail : europeinfos@comece.eu

Herausgeber : Fr Olivier Poquillon OP
Chefredakteure : Johanna Touzel und Martin Maier SJ
© design by www.vipierre.fr

Hinweis : Die in europeinfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Office dar.

Eine halbherzige Verordnung zum Thema „Konfliktmineralien“

Entwicklungspolitik
Europäische Union

Nach drei Jahren Verhandlungen beschließt die Europäische Union Vorschriften zum Thema Konfliktmineralien, ein wichtiger, wenn auch nur unzureichender Schritt in die richtige Richtung.

Am 22. November 2016 haben sich die EU-Kommission, das EU-Parlament sowie der Europäische Rat im Rahmen ihrer Trilog-Verhandlungen auf eine wenig ehrgeizige Regelung zum europäischen Mineralienhandel geeinigt. Diese soll verhindern, dass durch den Import von Mineralien in die EU Konflikte finanziert und Menschenrechte verletzt werden.

Der Begriff „Konfliktmineralien“ steht für die Finanzierung von Konflikten durch den illegalen Abbau natürlicher Ressourcen, die als Rohstoff, weiterverarbeitet oder in Fertigerzeugnissen enthalten frei auf dem Markt gehandelt werden. Grundsätzlich sind alle Mineralien konfliktträchtig, in besagter Verordnung geht es allerdings ausschließlich um Zinn, Tantal, Wolfram und Gold. Die EU ist ein wichtiger Importmarkt für diese vier Mineralien, die sie als Rohstoff oder als Bestandteil von Verbrauchsgütern wie Computer, Handys oder Motoren einführt.

Erst freiwillig, dann teilweise verpflichtend

Ursprünglich hatte die Kommission 2014 einen rein auf freiwilliger Basis beruhenden Mechanismus für eine verantwortungsvolle Belieferung der europäischen Schmelzbetriebe und Raffinerien in Form einer Selbstzertifizierung der Lieferketten vorgesehen.

Insbesondere unter dem Druck der Zivilgesellschaft forderte das EU-Parlament im Mai 2015 eine Verschärfung der Maßnahmen und verabschiedete für die besagten vier Mineralien einen verpflichtenden Mechanismus mit einer „Sorgfaltspflicht“ für die gesamten Lieferketten.

Mit der nun beschlossenen neuen Verordnung werden europäische Unternehmen, die diese vier Mineralien bzw. ihre Metalle aus aller Welt importieren, ab einem festgelegten jährlichen Schwellenwert dazu verpflichtet, für ihre Lieferketten eine Sorgfaltspflicht walten zu lassen.

Verantwortlich... aber längst nicht alle?

So erfreulich es ist, dass nun erstmalig einige europäische Unternehmen verpflichtet werden, ein verantwortungsvolles Verhalten mit Blick auf ihre Mineralienlieferketten an den Tag zu legen, so kann man nur bedauern, dass Fertigerzeugnisse und Mineralien unterhalb dieses Schwellenwertes von sämtlichen Verpflichtungen befreit bleiben. Die Unternehmen, die nicht unter die neue Verordnung fallen, sollen sich weiterhin selbst regulieren, wozu aber die große Mehrheit von ihnen gar nicht oder nur in geringem Maße bereit ist.

Zudem hat die Kommission beschlossen, Standards von privaten Industrieinitiativen anzuerkennen, an die bestimmte Unternehmen ihre Verpflichtungen zur Überprüfung der Lieferketten delegieren können. Diese akkreditierten Industrieinitiativen unterliegen jedoch lediglich einer begrenzten Aufsicht und Kontrolle. Die Auslagerung der Verantwortung an kostenpflichtige Privatakteure, die damit beauftragt werden, die Konfliktrisiken zu managen, darf die Unternehmen aber nicht aus ihrer Verantwortung für die eigenen Lieferketten entlassen.

Bedauerlich ist auch, dass die Verordnung erst ab 2021 in Kraft treten soll, wo doch die Verantwortlichkeiten der Unternehmen schon lange bekannt sind.

Europäische Wirtschaftsinteressen versus Menschenrechte

Es ist offensichtlich, dass die geplante Handelsverordnung alleine nicht ausreicht, um Frieden und Entwicklung in die vom „Ressourcenfluch“ betroffenen Regionen zu bringen. Leider zeigt die Europäische Union nicht mehr Bereitschaft, ihre Verantwortung im Mineralienhandel zu übernehmen und die Menschenrechte der in den Konfliktzonen lebenden Gemeinschaften vollumfänglich anzuerkennen.

Dies ist umso weniger nachvollziehbar, als die EU gleichzeitig hohe Summen und diplomatische Mittel investiert, um Frieden und Wohlstand in diesen Konfliktregionen zu fördern, gleichzeitig aber auf dem eigenen Markt Produkte zulässt, die Mineralien enthalten, mit denen eben diese Konflikte finanziert werden.

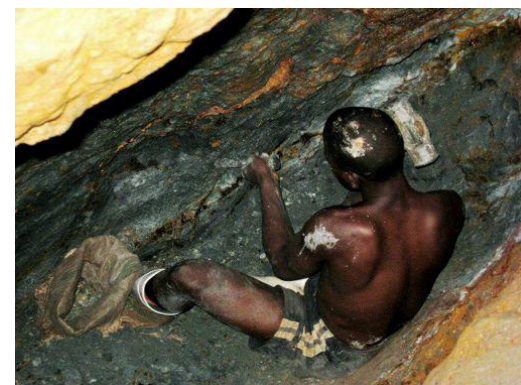
Es bleibt zu hoffen, dass die in der neuen Verordnung vorgesehene Überprüfungs-klausel Kontrollen ermöglicht und damit verhindert wird, dass sich die Unternehmen, die nicht unter die Regelung der Sorgfaltspflicht für die eigenen Lieferketten fallen, vor ihren Pflichten drücken.

Die EU ist mehr als nur ein Handelspartner

Die Zivilgesellschaft begrüßt die ganzheitliche Herangehensweise der EU, im Rahmen derer die neue Verordnung durch diplomatische und entwicklungspolitische Begleitmaßnahmen ergänzt werden soll. Insbesondere sollen die Gemeinschaften unterstützt und begleitet werden, die aufgrund ihres Mineralienreichtums unter Menschenrechtsverletzungen leiden. Ziel der internationalen Vorgaben ist es somit, einen verantwortungsvollen und transparenten Handel mit den Risikogebieten zu fördern und zu erleichtern, nicht aber die Unternehmen vom Handel mit ihnen abzuhalten.

Emmanuelle Devuyet
JESC

Originalfassung des Artikels: Französisch



mineur congolais dans le Nord-Kivu ©BELGA_AFP_EMANNUEL PEUCHOT

Eine neuer Präsident im Europaparlament

Institutionelle Fragen

Europäische Union

Antonio Tajani wurde zum neuen Präsidenten des EU-Parlaments gewählt und wird diese Position in den nächsten zweieinhalb Jahren innehaben.

In seinem halbkreisförmigen Plenarsaal in Straßburg hat das Europäische Parlament nun die zweite Hälfte der laufenden Legislaturperiode, die nach der Europawahl 2014 begann, eingeläutet. Zu den wichtigsten und dringendsten Aufgabenfeldern, die in den kommenden zweieinhalb Jahren angegangen werden müssen, gehören die Einwanderung, der digitale Markt, Terrorismus, der Brexit und schließlich der Anstieg des Populismus in Europa.

Ein neuer Präsident

Im Mittelpunkt der ersten Plenarsitzung stand die Wahl des neuen Parlamentspräsidenten, der die Nachfolge von Martin Schulz antreten wird. Dieser verlässt Brüssel, um seine politische Karriere in Deutschland fortzusetzen. So wählte das EU-Parlament in Straßburg am Dienstag, dem 17. Januar, den Italiener Antonio Tajani in den Chefessel. Während Martin Schulz die linksgerichtete Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) vertrat, gehört Antonio Tajani der Europäischen Volkspartei (EVP) an, die für eine Mitte-rechts-Politik steht.

Am Vortag der Wahl waren sieben Kandidaten für das Amt des EU-Präsidenten vorgestellt worden. Doch einige Minuten vor Wahlbeginn zog Guy Verhofstadt, der Vorsitzende der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und vermutlich bekannteste Herausforderer, überraschend seine Kandidatur zurück, nachdem er sich mit der EVP auf die Unterstützung des konservativen Antonio Tajani geeinigt hatte. Der Konflikt um die Nachfolge von Martin Schulz eskalierte und mündete in eine Kampfabstimmung mit ungewissem Ausgang.

Das Ende der „Großen Koalition“

Viele Jahre lang gingen die Fraktionen der EVP und der S&D – die beiden stärksten politischen Kräfte im EU-Parlament – einen politischen Pakt ein, demzufolge jedes der beiden Parteienbündnisse im Wechsel alle zweieinhalb Jahre den Präsidentschaftskandidaten stellt.

Dementsprechend teilte in der vergangenen Legislaturperiode Martin Schulz die fünfjährige Präsidentschaft mit Jerzy Buzek, seinem polnischen Gegenpart aus den Reihen der EVP.

Diese informelle politische Übereinkunft hatte das Ziel, die Pro-EU-Parteien zu schützen und eine von EU-skeptischen Abgeordneten angestrebte Machtübernahme im Parlament zu verhindern. Unter diesem Pakt wäre die neue EU-Präsidentschaft automatisch von Martin Schulz auf einen EVP-Abgeordneten übergegangen, doch entgegen der Absprache schickten die Sozialdemokraten mit dem S&D-Fraktionsvorsitzenden Gianni Pittella ihren eigenen Kandidaten in den Präsidentschaftswahlkampf.

Die Unfähigkeit der beiden größten Parteien, an ihrer informellen Vereinbarung einer Machtteilung festzuhalten, gibt eine Vorstellung davon, welchen anderen Herausforderungen das EU-Parlament als Ganzes gegenübersteht.

Es geht im Kern des Problems nicht nur um die Präsidentschaft, sondern auch um die so genannte „Große Koalition“, ein zum Voranbringen von Gesetzesvorhaben zwischen der EVP und der S&D (und in gewissem Maße auch den Liberalen der ALDE) eingegangenes De-facto-Bündnis. Als Koalitionspartner konnten die beiden großen Europaparteien Jean-Claude Juncker oder seinen Kommissionsmitgliedern grünes Licht geben und alle wichtigen Gesetzesinitiativen durchsetzen. Sie agierten geschlossen, um sich den nationalistischen, populistischen und EU-skeptischen Kräften zu widersetzen. Doch mit dem Weggang von Martin Schulz ist dieses „Abkommen“ auf der Strecke geblieben. Gianni Pittella stellte sich gegen eine EVP-Präsidentschaft und brach somit den Pakt, auf den sich die „Große Koalition“ gründete.

Ein neuer Führungsstil?

Martin Schulz verkörperte die bedeutende Stellung des Präsidenten, und seine Führung stärkte die Rolle des Parlaments. Es gelang ihm, die S&D-Reihen zu schließen, und dank seiner charismatischen Persönlichkeit genoss er eine bis dato für das Europäische Parlament unbekannt Prominenz. Nichtsdestotrotz ist es nun vielleicht an der Zeit für einen neuen Führungsstil. In der „europäischen Seifenblase“ hält man

Antonio Tajani für geeignet, einen solchen Wechsel herbeizuführen. Er selbst erklärte: „Das Europäische Parlament braucht keinen starken Präsidenten; wir brauchen einen fähigen Sprecher und ein starkes Parlament.“

In einer Zeit offensichtlicher Schwäche der EU-Institutionen muss das Europaparlament eine fundamentale Rolle spielen und den Bürgern EU-Themen näher bringen. Europaabgeordnete werden von Bürgern gewählt, und sie sollten den Dialog mit ihren Wahlkreisen aufrechterhalten, damit die Demokratie gestärkt wird.

Damit dies gelingt, ist es hilfreich, auf ein Bild zurückzugreifen, das Europa und seine Geschichte, die laut Papst Franziskus „aus der fortwährenden Begegnung zwischen Himmel und Erde“ bestehe, gut beschreibt. Dieses Bild spiegelt „die Öffnung zum Transzendenten, zu Gott [...], die den europäischen Menschen immer gekennzeichnet hat“ wider und zeigt gleichzeitig Europas praktische und konkrete Fähigkeit, „die Situationen und Probleme anzugehen“, wie Papst Franziskus anlässlich seines Besuchs beim Europaparlament im November 2014 verdeutlichte. „Die Zukunft Europas hängt von der Wiederentdeckung der lebendigen und untrennbaren Verknüpfung dieser beiden Elemente ab.“ Die EU steht nun vor zahlreichen Herausforderungen, und ihre führenden Politiker sollten sich immer wieder das Europa-Motto – „In Vielfalt geeint“ – ins Gedächtnis rufen.

Paula Sendin
JESC

Originalfassung des Artikels: Englisch



Antonio Tajani

Medienkompetenz: Kenntnisse, die wir als digitale Bürger benötigen

Bildung

Europäische Kommission

Im digitalen Zeitalter ist kommt es wesentlich auf die Aneignung der notwendigen Medienkenntnisse an.

Die im Vorfeld der US-Wahlen in Umlauf gebrachte Falschmeldung, Papst Franziskus habe sich für eine Kandidatur Donald Trumps stark gemacht, verbreitete sich in den sozialen Medien mit rasanter Geschwindigkeit. So verzeichnete die Fake News innerhalb kürzester Zeit 97.000 Facebook Follower, während die auf der entsprechenden Faktencheck-Webseite factcheck.org. veröffentlichte Richtigstellung, der zufolge es sich dabei um eine Falschmeldung gehandelt habe, nur magere 3.400 Facebooknutzer erreichte. Dies ist ein trauriges Beispiel dafür, wie die zum Wort des Jahres 2016 gekürte sprachliche Neuschöpfung „postfaktisch“ funktioniert.

Findet man auf Google exakte und gesicherte Ergebnisse?

Die digitale Revolution stellt unseren Umgang mit der Welt und den Medien grundlegend auf den Kopf. Mobile Geräte ermöglichen es, überall und jederzeit mit nahezu allem und jedem in Echtzeit in Kontakt zu treten. Über unsere Interaktion in den sozialen Medien sind wir in gleichem Maße zu Informationsquellen geworden, wie wir früher Informationsbezieher waren. Und auch wenn die meisten von uns sich mit den neuen Medien gut auszukennen glauben, sind wir doch längst nicht alle versierte Nutzer.

Rund jeder vierte Europäer ist der Ansicht, dass er bei einer Google-Suche exakte und gesicherte Ergebnisse erhält. 25 % der Europäer wissen nicht, dass die Suchergebnisse durch Algorithmen gefiltert werden und daher mit Vorsicht zu genießen sind. Mitunter liefern die Algorithmen auch Ergebnisse, die für ungeübte Nutzer und unsere gemeinsamen Werte gefährlich sind. So hat die britische Tageszeitung The Guardian unlängst darüber berichtet, dass bei der Google-Suche „Hat es den Holocaust wirklich gegeben“ als oberster Eintrag eine Internetseite erscheint, die den Holocaust verleugnet.

Doch sollten wir uns von der neuen digitalen Medienwelt nicht nur einschüchtern lassen! Laut David Ryan Polgar, dem Begründer des

in den USA organisierten Digital Citizenship Summit, einem Treffen zum Thema digitale Bürger, sind die sozialen Medien „wie ein Messer, das verwendet werden kann, um Schmerz zuzufügen, aber auch, um eine noch stärker vernetzte, sozial gerechtere und von einer stärkeren intellektuellen Wissbegier geprägte Zukunft zu schaffen“.

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung besteht darin, die Menschen zu kritischem Denken zu befähigen, ihnen Instrumente zur Stärkung ihrer Medienkompetenz an die Hand zu geben, die es ihnen ermöglichen, ihre Informationsquellen zu hinterfragen, zu verstehen, auf welchem Weg die Information zu ihnen gelangt, sich ein Bild über die inhaltliche Richtigkeit von Nachrichten zu machen und sachgerechte Entscheidungen zu treffen, bevor sie diese Nachrichten in den sozialen Medien weiterverbreiten. Medienkompetenz war schon immer eine wichtige Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Im digitalen Zeitalter brauchen wir alle zusätzlich eine hohe digitale Medienkompetenz.

Bewährte Verfahren in Europa

Aufgabe der Europäischen Kommission ist es, bewährte Verfahren zu dokumentieren, bekannt zu machen und ihren Austausch zwecks Weiterverbreitung unter den einzelnen Mitgliedstaaten zu ermöglichen. Damit trägt sie dazu bei, Brücken zwischen den jeweiligen Akteuren wie Lehrern, Journalisten, Medienunternehmen, den für die digitale Welt Verantwortlichen und der Zivilgesellschaft zu bauen. Hierzu bedient sie sich verschiedener Instrumente wie der EU-Sachverständigengruppe „Medienkompetenz“, des elektronischen Newsletters zum Thema Medienkompetenz sowie des Twitter-Accounts @EU_MedLit. Das letzte Treffen der Sachverständigengruppe „Medienkompetenz“ ist im Übrigen in voller Länge im Internet abrufbar.

In Kürze wird eine Auflistung aller seit 2010 in der EU der 28 durchgeführten Medienkompetenzverfahren veröffentlicht. Der Bericht umfasst über 500 bedeutende Projekte zur Förderung der Medienkompetenz. Ferner plant die Kommission für 2017 – parallel zu einer Initiative des Europäischen Parlaments – zwei Pilotprojekte zum Thema „Medienkompetenz für alle“.

Neben gezielten politischen Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz gibt es mehrere andere Politikfelder der EU, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Hierzu gehören die Überarbeitung von Schlüsselkompetenzen im Bereich der Schulbildung, die Nutzung von Medienkompetenz bei der Bekämpfung von Radikalisierung, Medienkompetenz als Grundvoraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben und für die Förderung der Grundrechte, das Europäische Rahmenwerk für digitale Kompetenzen sowie die Jugendpolitik. Medienkompetenz ist auch einer der Bestandteile der Europäischen Nachbarschaftspolitik mit den östlichen Staaten.

Der Auswärtige Dienst der EU gibt einen wöchentlichen Newsletter zum Thema Desinformation heraus, in dem es in erster Linie um den Umgang mit prorussischen Falschmeldungen geht. In seinen Schlussfolgerungen zur „Entwicklung der Medienkompetenz und des kritischen Denkens durch allgemeine und berufliche Bildung“ vom Mai 2016 fordert der Europäische Rat die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf, sich im Bereich der Medienkompetenz für eine kohärente Politik auf europäischer Ebene einzusetzen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass es sich bei der Medienkompetenz um ein globales Thema handelt, arbeitet die Europäische Kommission auch mit der UNESCO zusammen; Ziel dabei ist es, Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz zu fördern.

Wir alle benötigen Medienkompetenz, um aktive digitale Bürgerinnen und Bürger zu werden und auf diese Weise einen Beitrag zum demokratischen und gesellschaftlichen Leben unserer Gesellschaften zu leisten.

Mari Sol Pérez Guevara

@EU_MedLit - Politikbeauftragte in der GD CONNECT der Europäischen Kommission

Haftungsausschluss: Die in diesem Artikel veröffentlichten Ansichten geben die Meinung der Autorin wieder und stellen in keiner Weise die Meinung der Europäischen Kommission und ihrer Dienststellen dar.

Originalfassung des Artikels: Englisch

Die in europainfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Office dar.



Für ein sozialeres Europa

Soziale Angelegenheiten Europäische Kommission

Die EU-Kommission eröffnete im März 2016 einen Konsultationsprozess zur Stärkung der sozialen Dimension in der Europäischen Union. Das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung hat sich daran beteiligt.

Die Sozialmodelle Europas stehen vor grundlegenden Herausforderungen. Einerseits sind die Nachwirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt stark spürbar. Andererseits steht Europa vor großen Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung und angesichts des demographischen Wandels, der Integration der Flüchtlinge und der Geschlechtergleichstellung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Träger des Europabüros für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung begrüßen den längst fälligen Versuch, eine Balance zwischen der Wirtschafts- und Währungsunion und der Sozial- und Beschäftigungspolitik herzustellen und haben sich daher an der EU-Konsultation beteiligt. Um jedoch die Ungleichheiten zwischen den europäischen Mitgliedstaaten zu vermindern, bedarf es anderer Mindeststandards in der europäischen Beschäftigungs- Sozial- und Bildungspolitik. Die katholischen Träger haben sich angesichts der Vielzahl der vorgestellten Themenbereiche auf drei konzentriert: „Fertigkeiten, Bildung und lebenslanges Lernen“; „flexible und sichere Arbeitsverträge“ sowie „Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben“.

In lebenslanges Lernen investieren

Gemäß Artikel 14 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union hat jede Person das Recht auf Bildung sowie auf Zugang zur beruflichen Ausbildung und Weiterbildung. Die katholischen Träger fordern daher die Vorschläge der EU-Kommission für die nationalen Reformprogramme für diverse Mitgliedstaaten umzusetzen und die zu geringen Gesamtausgaben für Bildung anzugehen und in Bildung zu investieren. Dies gilt sowohl in der non-formalen, d.h. der außerschulischen Bildung, in der Menschen außerhalb von Curricula persönliche und soziale Bildung erfahren, als auch in der formalen Bildung, d.h. dem staatlichen Bildungssystem.

Die bisherigen Bildungsausgaben der Mitgliedsstaaten reichen nicht aus, um sozial Benachteiligten und auch neu zugewanderten Flüchtlingen einen Zugang zum Bildungssystem zu ermöglichen. Auch die digitale Teilhabe, d.h. Beteiligungsmöglichkeiten jeglicher Art im digitalen Zeitalter, muss für alle EU-BürgerInnen ermöglicht werden. 70 Millionen EuropäerInnen laufen Gefahr, abgehängt zu werden, nicht nur im Bereich der digitalen Fähigkeiten. Daher sind Weiterbildungsangebote aller Art dringend notwendig.

Um soziale Inklusion in Europa zu fördern, muss ein ganzheitlicher Bildungsansatz für lebenslanges Lernen in Europa gelten, welcher nicht nur einem arbeitsmarktorientierten Bildungsverständnis dienen darf. Die katholischen Träger fordern daher, die seit 2016 neu eingeführte europäische Kompetenz-Agenda weiter zu entwickeln. Dabei handelt es sich um einen Maßnahmenkatalog von zehn Punkten der EU-Kommission zur Verbesserung der Kompetenzen in Europa.

Hierbei soll beispielsweise die Berufsausbildung europaweit zu ersten Wahl gemacht werden, gering qualifizierte Erwachsene sollen ein Mindestniveau von Lese-, Schreib- und Rechenkompetenzen erhalten und es wird angestrebt Instrumente zu entwickeln, die Kompetenzprofile von Drittstaatsangehörigen darstellen. Ebenso fordern die katholischen Träger eine Weiterentwicklung und Fortführung der EU-Jugendstrategie, die als europäischer Rahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit seit 2009 besteht.

Zunahme prekärer Arbeitsbedingungen

In Art. 153 des EU-Vertrags ergänzt und unterstützt die Union die ausschließliche nationale Kompetenz der Mitgliedsstaaten auf folgenden Gebieten: Arbeitsbedingungen, soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, Schutz der ArbeitnehmerInnen bei Beendigung des Arbeitsvertrages. Aus Sicht der katholischen Träger ist besorgniserregend, wie europaweit die prekären Arbeitsbedingungen zunehmen. ArbeitnehmerInnen werden im Anschluss an eine befristete Beschäftigung zu oft befristet weiter beschäftigt.

Eine eigene Familienplanung, ehrenamtliches Engagement und eine sichere Lebensplanung werden dadurch erschwert, langfristiges Planen ist schwierig. Zur Umsetzung des Rechts auf Arbeit fordern die Träger des

Europabüros eine aktivere Arbeitsmarktpolitik der Europäischen Union. Wichtig ist, dass prekäre Arbeitsbedingungen europaweit gleich definiert werden, um dann Mindeststandards in den Mitgliedsstaaten einführen zu können.

Geschlechtergleichstellung

Obwohl die Gleichbehandlungsrichtlinie (2000/78/EG) für den Bereich Beschäftigung in allen Mitgliedsstaaten umgesetzt wurde und die Strategie für die Gleichstellung von Männern und Frauen (2010-2015) bestand und aufgrund einer Blockierung durch den europäischen Rat von den Mitgliedstaaten nicht fortgeführt wurde, gibt es nach wie vor große Unterschiede im Bereich des Verdienstes zwischen Mann und Frau und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Frauen erhalten niedrigere Stundensätze und arbeiten stärker in Teilzeitarbeit, auch wenn sie höhere Bildungsabschlüsse haben wie Männer.

Gründe dafür sind unter anderem fehlende Betreuungsangebote für Kinder und andere Angehörige und familienunfreundliche Arbeitsbedingungen. Daher fordern die Träger des katholischen Europabüros, dass die EU-Mitgliedstaaten zumindest eine Einigung über die Richtlinie (2012/0299/COD) zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften finden, damit diese in Kraft treten kann. Außerdem sollte die EU-Kommission im Rahmen von öffentlichen Kampagnen das Thema der Gleichstellung fördern, damit im öffentlichen Raum das Bewusstsein dafür gestärkt wird.

Judith Wind-Schreiber

Europabüro für Katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Träger des Europabüros: Europäische Föderation für katholische Erwachsenenbildung (FEECA), Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB e.V.), Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der deutschen Bischofskonferenzen (ajf), Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), Jugendhaus Düsseldorf e.V., Katholische Erwachsenenbildung Deutschland - Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB Deutschland e.V.)

Die in europainfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Office dar.



Das Erfahrene, das Zukünftige und das Religiöse

Institutionelle Fragen
Europäische Union

Manfred Prisching, Professor für Soziologie an der Universität Graz, sucht nach Wegen aus der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise Europas.

Seinerzeit, als es um Schritte zur Europäischen Union ging, gab es eine ganze Reihe von Versprechungen. Die Vereinigung würde den Frieden sichern, die Union ausweiten. Es würden durch die Regionalförderung benachteiligte Gebiete profitieren. Man könnte die Durchlässigkeit der Grenzen erhöhen, damit den Handel fördern und Produkte günstiger machen. Man würde die Bürokratie reduzieren, Impulse für das Wirtschaftswachstum setzen und damit die Arbeitsmarktbedingungen verbessern. Die Menschen könnten frei durch Europa reisen, ohne Hemmnisse an den Grenzen und ohne den Aufwand steten Geldwechsels.

Das alles waren die Versprechungen. Und was ist geschehen? Alles das ist eingetreten. Das lässt sich mit empirischen Daten belegen. Und es ist die halbe Wahrheit. Wir sind in der Luxusecke der Welt. Doch die andere Hälfte der Wahrheit ist, dass diese Errungenschaften nun zu bröckeln beginnen, gar nicht so sehr durch das Verschulden Brüssels, sondern durch Eigensucht und Leichtsinns von Personen, Gruppen und Staaten.

Ordnungsverlust

Die alte (teils romantisch imaginierte) Ordnung der Völker, Gruppen und Staaten ist zerbrochen, eine neue geistige Ordnung ist noch nicht an ihre Stelle getreten: „Interregnum“, Fragilität, Liquidität, Ambivalenz. In dieses Vakuum dringen autoritäre Bewegungen vor.

Erstens: Die Menschen sind durch die Auflösung des „Baldachins“ der gemeinsamen Werte verunsichert. Sie suchen das Kosmion: eine einheitliche und konsistente Wertekonstellation. Es braucht irgendeine Sinnstiftungsquelle: Normative Einheit wurde lange Zeit durch die Religion hergestellt, dann durch Nationalismus, schließlich durch Vernunftglauben und moderne Ideologien wie den Marxismus. Das Schwächeln solcher Sinnstiftungssysteme kann eine Zeitlang durch Wohlstand und Konsum überbrückt werden: Menschen, die kaufen, schießen nicht. Aber auf Dauer scheint das nicht zu genügen,

besonders wenn es mit dem versprochenen Wohlstandszuwachs zu hupern beginnt. – Die Autoritären versprechen die Wiederherstellung der „richtigen“ Werte, auf Wegen, die üblicherweise in Regionen weit jenseits dieser Werte liegen. Aber in einer pluralisierten und individualisierten Gesellschaft kann es keinen gemeinsamen Wertehimmel geben, keine umfassende Leitkultur oder gesellschaftliche Gesinnungslehre.

Zweitens: Menschen hegen tribalistische Gefühle: Sehnsucht nach Zugehörigkeit, Heimat, Nation. Sie suchen nach einem Gemeinschaftsgefühl, dessen Quellen versiegt sind, sie streben Einbindung und Einbettung an; aber da sind nur noch fluktuierende Gruppen. Auch der Nationalismus ist nichts anderes als eine groß geratene Form von „Stammesdenken“, vielleicht die größtmögliche (so dass Europa als Identifikationsobjekt nicht mehr möglich wäre). – Autoritären versprechen die Wiederherstellung des „Stammes“, den Abschluss nach außen, die Rekonstruktion staatlicher Container, die Eliminierung aller Fremden.

Drittens: Die Menschen kennen sich nicht mehr aus. Die Unüberschaubarkeit in allen Lebensbereichen ist belastend geworden: Stress und Überforderung. Die Welt ist fremd, an allen Ecken. Was zu tun wäre, scheint sich allemal in der Komplexität zu verheddern. – Die Autoritären versprechen die einfachen Lösungen: Die Führungsgestalt, die ja aus der „Substanz des Volkes“ kommt, zerschlägt den gordischen Knoten. Doch es gibt keine gordischen Knoten mehr; wenn es welche gäbe, würden die Akteure sie nicht finden; wenn sie sie fänden, hätten sie keine Schwerter.

Viertens: Alles kumuliert sich zu einer Szenerie der Angst. Alles wird unsicher, vom persönlichen Lebensbereich bis zur ganzen Welt. Angst ist die universelle Reaktion, besonders dann, wenn selbst die materiellen Grundlagen ins Wanken kommen. – Nur die Autoritären versprechen Sicherheit. Da gibt es keine Probleme, wenn man nur die Schuldigen benennen kann. ... Alles ließe sich wieder gut machen: Gemeinschaft durch Feinderzeugung. Folgebereitschaft im Mob. Angst in Hass transformieren.

Was ist zu tun?

Man macht kein Steuergesetz mit der Bibel in der Hand, aber man macht es als

verantwortliche Person, als Europäer, als Christ. Man tue das Nötige, mit Anstand.

Erstens den gesunden Menschenverstand nicht verlieren. Ebenso wenig in Euphorie wie in Panik verfallen. Ebenso wenig sich narzisstisch in den Mittelpunkt spielen wie komplexhaft in die Ecke verkriechen. Eine gute Portion Gelassenheit pflegen.

Zweitens am Glauben festhalten, dass jeder Mensch die Freiheit zum Handeln hat, dass er nicht einfach ein Bündel gesellschaftlicher Einflussfaktoren ist, dass er deshalb auch eine Verantwortung im Dasein hat. Sein Leben nicht „herunterleben“, als stilisiertes Opfer oder als Spaßhaber, sondern sein Leben „führen“.

Drittens sich um die eigene Religion, aber auch um die „Nachbarn“ kümmern, die doch zum größeren Teil aus denselben geistigen Wurzeln kommen. Glaubenslehren sind interpretierbar, und sie sind an gesellschaftliche Konfigurationen anschlussbedürftig. Nicht immer muss es gleich um Dogmenfragen gehen, wenn man mit Vertretern oder Anhängern anderer Religionen spricht.

Viertens Dimensionen der Machbarkeit abschätzen können. Man kann sich allemal etwas wünschen oder einfordern, aber das ist ein billiges Geschäft. Viel schwieriger ist es, die Zähigkeit aufzubringen, mit Sachverstand und Kompromissbereitschaft, mit Augenmaß und Nachhaltigkeit den Raum des Machbaren auszuweiten, hinein in den Raum des Erwünschten.

Fünftens keine Angst haben. Christentum, Judentum und Islam verweisen auf das Vertrauen Gottes zum Menschen. Was immer auf dieser Welt geschieht, man sollte sich nicht fürchten müssen.

Manfred Prisching

Univ. Prof. Dr. Manfred Prisching ist Professor für Soziologie an der Karl-Franzensuniversität Graz

Redaktionelle Bearbeitung des Artikels: Michael Kuhn

Ursprünglich veröffentlicht in: Denken+Glauben 182. Graz 2016, S. 3-5. Wir danken der Redaktion für die Erlaubnis der auszugsweisen Veröffentlichung.

Die in europainfos veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der COMECE und des Jesuit European Office dar.

